

HEUTE IN IHRER WZ



WZ-JAHRESKALENDER
MIT EXKLUSIVEN RABATTCOUPONS
REGIONALER ANBIETER

Walsroder Zeitung

AMTLICHE KREISZEITUNG – GEGRÜNDET 1867

Sonnabend, 21. November 2020

Unabhängige Tageszeitung - Nr. 272 / 154. Jahrgang - Preis: 1,70 €

LOKALES

3,2 Millionen Euro mehr Gewerbesteuer

WALSRODE. Die Corona-Pandemie hat auch die wirtschaftlichen Aussichten eingetrübt. Zumindest aktuell spürt die größte Stadt des Landkreises davon jedoch noch nichts: Ihre Steuereinnahmen steigen, doch für das kommende Jahr sind die Aussichten zunächst deutlich schlechter. // Seite 3

LOKALSPORT

Bettina Radke lebt für den Tennissport

HAMWIEDE. Seit einiger Zeit wohnt Bettina Radke in Hamwiede, zusammen mit ihrem Lebensgefährten Gerrit Strehl. Beide haben Tennis als Beruf: Strehl als Landes-Trainer, Radke als Angestellte beim Tennisverband Niedersachsen-Bremen. Dabei hat die 32-Jährige schon viel erlebt im Tennis. // Seite 22



Walsrode // Seite 5
Ehemaliges AFP-Gebäude wird Think-Tank von Dow

Foto: Rolf Hillmann

WETTER



HEUTE 9° | 8°
MORGEN 11° | 6°

PANORAMA

Kannibalismus war wohl Sexualmord

BERLIN. Bei dem möglichen Fall von Kannibalismus in Berlin geht die Staatsanwaltschaft von einem Sexualmord aus niedrigen Beweggründen aus. Der mutmaßliche Täter, ein 41-Jähriger, hatte im Internet zu Kannibalismus recherchiert und sich auch auf einer Datingplattform bewegt. Das 44-jährige Opfer, ein Monteur im Hochleistungsbau, wurde seit der Nacht zum 6. September vermisst. Später wurden Knochen gefunden.

WIRTSCHAFT

Handel hofft auf den Black Friday

DÜSSELDORF. Angesichts der Corona-Krise haben die Verbraucher in diesem Jahr einer Umfrage zufolge weniger Interesse an den Rabatttagen Black Friday und Cyber Monday. Nur noch die Hälfte der Verbraucher plant laut einer Umfrage, an den beiden Shoppingtagen Ende November einzukaufen. Der Handel rechnet trotzdem mit einem Umsatz von 5,7 Milliarden Euro – ein neuer Rekordwert.

SO ERREICHEN SIE UNS

29664 Walsrode, Lange Straße 14
29655 Walsrode, Postfach 1520
Telefon (0 51 61) 60 05-0
Telefax (0 51 61) 60 05 28
E-Mail: info@wz-net.de
Internet: www.wz-net.de
Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Mo. und Do. 8.30-17 Uhr; Di, Mi. und Fr.
8.30-15.30 Uhr, Sa. geschlossen

4 196453 001704 60047



Kanzleramt will in der Pandemie weitere Beschränkungen

Wegen steigender Corona-Zahlen sollen die Schulen in den Blick genommen werden

VON EVA QUADBECK UND DANIELA VATES

BERLIN. In der grassierenden Corona-Pandemie hat sich Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) dafür ausgesprochen, beim nächsten Bundesländer-Gipfel zur Corona-Krise weitere Beschränkungen zu beschließen und dabei vor allem die Schulen in den Blick zu nehmen.

„Was wir für den November beschlossen haben, hat die Infektionsdynamik gebrochen. Aber es hat noch nicht dazu geführt, dass die Zahlen nach unten gehen“, sagte Braun am Freitag dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Deswegen müssen wir sehen, wo wir weiter Kontakte reduzieren können.“ Es gelte vor allem, die hohen Infektionsraten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu senken. „Sie tragen wesentlich zur Verbreitung der Infek-

tion bei“, sagte Braun. „Vor allem in weiterführenden Schulen muss alles getan werden, um Abstandsregeln einzuhalten“, sagte er. „Darüber werden wir Mittwoch mit den Ministerpräsidenten sprechen.“

Braun schlug vor, ältere Schüler vermehrt zu Hause zu unterrichten und bei der Su-

che nach großen Unterrichtsräumen auch außerhalb der Schulgelände zu suchen. „In größeren Räumen lassen sich Abstandsregeln leichter einhalten. Wo es die in den Schulen nicht gibt, lässt sich in Bürgerhäuser und Kinosäle ausweichen. Ältere Schüler ließen sich ins Homeschooling

schicken“, sagte Braun. Ausdrücklich betonte der Kanzleramtsminister, dass am Inzidenzwert von 50 Neuinfektionen in sieben Tagen pro 100 000 Einwohner als Orientierungsmarke für eine Lockerung der aktuellen Beschränkungen weiter festgehalten werden solle. „Der bleibt unser Ziel“, sagte der CDU-Politiker.

Zugleich mahnte der Chef des Kanzleramtes die Bevölkerung zum Durchhalten. „Die Zahlen der verfügbaren Intensivbetten sinken. Die Todeszahlen steigen – auf derzeit 300 täglich“, so Braun. In der Schweiz seien mittlerweile alle Intensivbetten belegt. Dort werde nun abhängig vom Lebensalter und von Vorerkrankungen entschieden, wer vordringlich behandelt werde. „Es gibt einen breiten Konsens in der Gesellschaft, dass wir das vermeiden wollen“, betonte er.

Zweite Corona-Welle in Frankreich ebbt ab

Frankreich hat nach Ansicht der nationalen Gesundheitsbehörde den Höhepunkt an Neuinfektionen in der aktuellen Phase der Corona-Pandemie bereits hinter sich. „Auch wenn die Indikatoren auf hohem Niveau bleiben, legt ihre Beobachtung nahe, dass der epidemiologische Spitzenwert der zweiten Welle überwunden wurde“, heißt es in einer Erklärung der Behörde vom Freitag. In der vergangenen Woche habe es einen Rückgang der posi-

tiven Tests um 40 Prozent gegeben. Auch in den Krankenhäusern und auf Intensivstationen wurden demnach weniger Patientinnen und Patienten aufgenommen. Auch Premierminister Jean Castex sagte am Freitag, die Strategie beginne, Resultate zu zeigen. Er betonte, dass es weiterhin wichtig sei, sich an geltende Regeln zu halten. In dieser Woche hatte Frankreich die Grenze von zwei Millionen Infizierten überschritten.

Gibt es doch noch einen Brexit-Vertrag?

BRÜSSEL. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht wichtige Fortschritte in den Verhandlungen mit Großbritannien über einen Handelspakt für die Zeit nach dem Brexit. „Nach schwierigen Wochen mit sehr, sehr langsamen Fortschritten sehen wir jetzt mehr Fortschritt, mehr Bewegung bei wichtigen Punkten, das ist gut“, sagte von der Leyen am Freitag in Brüssel. Doch es herrsche großer Zeitdruck. „Es bleiben noch etliche Meter bis zur Ziellinie.“

Man strebe so schnell wie möglich eine Einigung an, sagte ein britischer Regierungssprecher. Premier Boris Johnson hatte aber auch oft betont, dass man auf einen „No Deal“ gut vorbereitet sei.

Das angestrebte Freihandelsabkommen soll am 1. Januar in Kraft treten. Weil ein Abkommen ratifiziert werden müsste, bleiben aber nur noch wenige Tage für eine Einigung. Im Europaparlament wird sogar eine Sondersitzung am 28. Dezember erwogen.

Werft läuft im Fall „Gorch Fock“ auf Grund

Unternehmen wollte noch 10,5 Millionen Euro für die Schiffssanierung vom Bund

VON FRIEDEMANN KOHLER

BREMEN. In einem millionenschweren Streit über Sanierungskosten des Segelschiffs „Gorch Fock“ hat das Landgericht Bremen alle Ansprüche einer Werft abgewiesen. Die Bredo-Dockgesellschaft in Bremerhaven hatte vom Bund 10,5 Millionen Euro für Arbeit und Material gefordert, sie geht mit dem Urteil vom Freitag leer aus. Auch eine Gegenklage des Bundes wurde abgewiesen.

Dirk Harms, Bredo-Geschäftsführer, sagte, man werde prüfen, ob das Unternehmen in Berufung gehe. Auf seiner Werft war von 2015 bis 2019 an dem Marineschiff gearbeitet worden. Der Bund vertrat vor Gericht die Auffassung, alle Rechnungen seien beim Generalauftragnehmer beglichen worden, der mittlerweile insolventen Elsflöther Werft. Niemand zahle zweimal für eine Leistung.

Der Zivilprozess in Bremen ist ein Nebenstrang bei der

langwierigen und teuren Sanierung des 62 Jahre alten Dreimasters. Die Baukosten sind von geplant 10 Millionen Euro immer weiter gestiegen, bis die frühere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) einen Deckel von 135 Millionen Euro festlegte.

Ein Subunternehmer trage das Risiko, wenn ein Hauptauftragnehmer insolvent werde, sagte Gerichtssprecher Gunnar Isenberg zu dem Urteil. Deshalb sei die Klage der Werft abgewiesen wor-

den. Auch die Gegenklage des Bundes sei nicht stichhaltig gewesen. Die Marine hatte 3,6 Millionen Euro Schadensersatz für Baupfusch auf der „Gorch Fock“ verlangt.

Seit Herbst 2019 hat nicht mehr die insolvente Werft in Elsflöth den Auftrag, die „Gorch Fock“ zu sanieren, sondern die Lürssen-Werft in Bremen. Das Schiff soll Ende Mai 2021 fertig werden. Die strafrechtliche Aufarbeitung der Sanierung läuft bei der Staatsanwaltschaft Osna-



In der Werft: die „Gorch Fock“.
FOTO: MOHSEN ASSANIMOGHADDAM/DPA

brück weiter. Es geht um Betrug, Untreue und Korruption. Der Gesamtkomplex zählt mehr als 100 Einzelverfahren.